

Die eigentliche Bewährungsprobe steht noch aus

Der Friedensprozeß und die israelische Gesellschaft

MOSHE ZUCKERMANN

Sich über Israel und den Friedensprozeß zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Form eines Artikels zu äußern, kann als durchaus gewagt gelten. Zu viel Zufälliges spielt in die strukturellen Abläufe mit hinein; zu große Diskrepanzen zwischen friedenssehnsüchtiger Ideologie und friedensunwilliger Praxis, zwischen manipulativer Rhetorik und offensichtlicher Lethargie im Handeln determinieren den Stand eines bereits vor einigen Jahren begonnenen Prozesses. Statt einer Analyse der aktuellen Lage, die man sehr bald schon revidieren müßte, erscheint eine Erörterung des steckengebliebenen Friedensprozesses im Hinblick auf strukturelle Konfliktpotentiale und wesentliche Widersprüche der israelischen Gesellschaft angemessen. Denn wie schillernd und unvorhersehbar auch immer sich die Entwicklungen der israelischen Tagespolitik im einzelnen ausnehmen mögen – die Strukturprobleme erweisen sich insgesamt als weithin beständig. Ausgangspunkt der Betrachtung soll die Ermordung des israelischen Premierministers Itzhak Rabin vor zwei Jahren sein.

* * *

Worauf auch immer diejenigen gezielt haben mögen, die unmittelbar nach der Mordtat des 4. November 1995 davon sprachen, es erweise sich nun endlich, daß Israel eben doch eine »ganz normale Gesellschaft« sei, eines steht fest: Was sich schlaglichtartig im Terrorakt manifestierte, waren gerade die die israelische Realität kennzeichnenden Momente des Anomalen (wie immer man das Normale in einem Zeitalter, in welchem es zumeist ideologisch heteronom vermittelt und perzipiert wird, definieren mag). Gemeint ist damit nicht das Selbstverständliche, nämlich die Zurückweisung der letztlich zynischen Vorstellung, das Gewalttätige müsse als Maßstab von Normalität im Sinne des faktisch Vorherrschenden akzeptiert werden. Gemeint sind vielmehr die wesentlichen Widersprüche, welche die israelische Gesellschaft von Beginn an charakterisiert und entscheidend mitgeprägt haben. Die Wirklichkeit Israels ist weder in ihren historischen Vorbedingungen noch in ihrer gesellschaftlichen Organisation und politischen Praxis als »normal« zu bewerten. Die herausragenden Faktoren dieser Wirklichkeit sollen im folgenden erörtert werden.

Etwas von »Verspätung« haftete der israelischen Staatsgründung an. Von geringerer Bedeutung ist hierbei die schlechterdings anmaßende Frage, inwiefern eine frühere Konstituierung des Staates den Holocaust hätte verhindern können; die Opfer jener unsäglichen weltgeschichtlichen Katastrophe sollten nicht noch im nachhinein auf die Raison d'être des politischen Zionismus hin teleologisiert werden. »Verspätet«, wenn auch gerade durch Auschwitz erklärbar, mag sich hingegen eine auf Vorstellungen des 19. Jahrhunderts basierende, mitten im 20. vollzogene Nationalstaatsbildung ausnehmen. Daß dabei im eigenen Anspruch dem modernen politischen Akt eine archaische – nämlich religiöse, zudem noch ethnisch fundierte – Legitimationsbasis unterlegt wurde, verleiht der dergestalt ideologisierten Ungleichzeitigkeit zwar eine gewisse Eigenwilligkeit, gehorcht aber gleichwohl ganz und gar der inneren Logik besagter Verspätung. Aus der gleichen Quelle des Widersprüchlichen speist sich auch die wie selbstverständlich nach westlichem Vorbild erfolgte Gründung eines Staates mitten in der Levante. Dies erklärt sich aus der von den Machtinteressen der globalen Blöcke nach dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Funktion einer »Bastion des Westens«, weist jedoch über diese – zumal im Selbstverständnis des neugegründeten Staates – auch hinaus. Den Widerspruch barg gleichermaßen der schon in der Vorgeschichte des Staates manifest gewordene Ansatz einer so-

zialistisch beziehungsweise sozialdemokratisch ausgerichteten gesellschaftlichen Formierung im Rahmen eines doch schon kapitalistisch prädestinierten Umfelds in sich. Es war dies ein Ansatz, der dann rasch (im Grunde schon in den fünfziger Jahren als Folge der im Zuge der Blockpolitik geforderten »Entscheidung«) in eine zunehmend kapitalistische Praxis umschlug. Mochten sich im übrigen die zionistischen Ideologeme noch so sehr im Pathos ihrer eigenen positiven Selbstdarstellung ergehen, so steht doch fest, daß sich zumindest die Beschleunigung der zionistischen Staatsgründung in erheblichem Maße Heteronomem – dem Impetus des Holocaust – verdankte.

So lassen sich denn mehrere Zentralachsen des Widerspruchs in der demnächst fünfzig Jahre alten israelischen Gesellschaft ausmachen. Während die Ideologie des staatlichen Zionismus auf der Prämisse der Negation der Diaspora fußt, war die Existenz des Staates von Anbeginn auf die Masseneinwanderung von Diaspora-Juden angewiesen. Dies hatte zur Folge, daß man in großem Maßstab den moralisch gepriesenen und bürokratisch verwalteten Import des Diaspora-Subjekts betrieb, um das diasporamäßig »Fremde« an ihm alsdann unter der Parole eines homogenisierenden »Schmelztiegels« um so akribischer zu purgieren. Ziel war die auf Integration ausgerichtete Schaffung des »neuen Juden«, die aber, bei allem ausgewiesenen »Erfolg«, auf eine zunehmende Diskrepanz zwischen der vorwiegend heterogen gebliebenen, in nicht geringem Maße vom eingewanderten Diaspora-Judentum geprägten Lebenswelt und der staatlich verordneten, politisch vermittelten und institutionell verfestigten Einheitsideologie hinauslief.

Aus der Chronik des politischen Zionismus in diesem Jahrhundert erklärbar, ergab sich darüber hinaus, daß trotz der massiven, seit den fünfziger Jahren zunehmend angestiegenen Einwanderung von Juden aus orientalischen Ländern die Hegemonie aschenasischer – aus Europa stammender – Juden in Politik, Wirtschaft, Militär sowie in den dominanten Bereichen der offiziellen Kultur nie ernstlich in Frage gestellt wurde. Auch dann nicht, als sich die demographischen Verhältnisse schon zugunsten der orientalischen Juden verschoben hatten. Daß dabei nicht unbedingt böser Wille, sondern eher missionarischer Eifer – gekoppelt mit dem Bewußtsein einer dem westlichen Fortschrittsanspruch entsprechenden, vermeintlich objektiven Notwendigkeit, die »rückständigen« Immigranten an die ungewohnten Verhältnisse des modernen neuen Staates anzugleichen – im Spiele war, änderte nichts daran, daß die der israelischen Realität eigene ethnische Komponente von Anfang an mit einer nie ganz versiegenden politischen Brisanz aufgeladen war.

Ähnliches gilt für das Verhältnis von Staat und Religion. Ungeachtet des vorherrschend säkularen Selbstverständnisses und der politisch proklamierten sowie institutionell fixierten Ausrichtung auf die Etablierung einer modernen Demokratie, war die politische Praxis in Israel stets durch eine eigentümliche, meist ambivalente, oft aber auch von spürbarem Ressentiment getragene Rücksicht auf die Religion oder vielmehr auf das religiöse Establishment gekennzeichnet. Was dabei – über parlamentarische Koalitionsüberlegungen hinaus und bei aller Differenzierung zwischen ultraorthodoxen Antizionisten, zionistischen Nationalreligiösen und sonstigen traditionell orientierten Halbgläubigen – immer mitschwang, war das unbestimmte Gefühl einer Art kultureller Unterlegenheit bei der säkularen Begründung des Judeseins. Der Alternative zwischen der objektiven Bestimmung durch den Antisemitismus und der subjektiven durch die Religion mußte für den sich als »neuen Juden« verstehenden, einen

Anspruch auf Selbstbestimmung erhebenden Israeli etwas latent Beunruhigendes anhaften. Es ist wohl aber gerade deshalb kein Zufall, daß mit der (objektiv durchaus begründbaren, wenn auch allzu wenig hinterfragten) Tabuisierung der israelischen Sicherheitsdoktrin von Anfang an eine Fetischisierung des sogenannten Status quo im Verhältnis von Staat und Religion einherging.

Hiermit hängt nun ein anderer, höchst gravierender Widerspruch zusammen. Während eine beträchtliche Minderheit von palästinensischen Arabern unabweisbar einen Bestandteil der israelischen Gesellschaft darstellt, versteht sich Israel (und proklamiert demgemäß seine Staatsdoktrin) als ›Staat der Juden‹ – ein Umstand, dem eine Diskriminierung und daraus resultierende Repression vieler israelischer Staatsbürger gleichsam strukturell innewohnt. Daß man sich offiziell der Tugenden eines demokratischen Rechtsstaats rühmt, zugleich aber nahezu sämtliche Machtpositionen in allen Sphären des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens Juden vorbehält, macht einerseits den objektiv ideologischen Charakter des israelischen Selbstverständnisses aus, weist aber andererseits auch auf eine offiziell bislang tabuisierte Aporie israelischen Daseins hin. Denn die Partikularität eines Judenstaates verträgt sich schlechterdings nicht mit dem universalistischen Anspruch einer modernen Demokratie.

Wiederum ähnliches gilt auch für die über Jahrzehnte – vor und nach der Staatsgründung – tradierten sozialistischen Gleichheitsvorstellungen. Diese konnten objektiv von vornherein allenfalls in höchst beschränktem Maße in eine sich auf die Gesamtgesellschaft auswirkende Wirtschaftspraxis umgesetzt werden; dennoch waren sie grundlegend für das Ethos der jungen, sich allmählich herauskristallisierenden Gesellschaft wie für die zentralen Institutionen des staatlichen Zionismus. Bezeichnend ist hierbei nicht nur der allmähliche Verfall beziehungsweise die gravierende Krise bedeutender Einrichtungen des israelischen Sozialismus samt seiner sozialdemokratischen Ausformungen, so des Gewerkschaftswesen und der Kibbutz-Bewegung, sondern vor allem die nicht zu übersehende Tendenz, daß mit dem rapide ansteigenden Wohlstand sich eine immer größere und auch immer schwerer zu überbrückende sozio-ökonomische Kluft innerhalb der israelischen Klassengesellschaft öffnet. Es ist in den letzten Jahren von über 800 000 Bürgern, darunter über 250 000 Kindern, die Rede, die unter der vom staatlichen Statistischen Amt definierten offiziellen Armutsgrenze leben.

Diese erheblichen Widersprüche innerhalb der israelischen Gesell-

schaft wirkten freilich lange Jahre meist nur unterschwellig; sie entluden sich nicht mit voller Vehemenz und offenbarten sich nicht in ihrer ganzen politischen Brisanz. Kamen sie einmal zum Ausbruch, war dieser kurzfristig und wurde für gewöhnlich schnellstens gedrosselt. Dies war der nach innen kohäsiv wirkenden Funktion des von außen geübten Druckes zu verdanken, nämlich der teils unbestreitbar realen, teils aber ideologisch instrumentalisierten, zuweilen gar parteipolitisch genutzten Bedrohung Israels durch seine arabischen Nachbarstaaten. Die scheinbar zwangsläufig geführten, periodisch auftretenden blutigen Kriege stärkten natürlich nur noch das Gefühl der Notwendigkeit von innerer Einheit und Solidarität, beförderten die Pathetik eines interne Konflikte dämmenden, gefährliche Zerrissenheiten beschwichtigenden ›Zusammenhalts‹.

Es ist nun dieser externe Druck, der seit Beginn der neunziger Jahre mit dem nach der palästinensischen Intifada und infolge der Auswirkungen des Zweiten Golfkriegs einsetzenden Friedensprozeß im Nahen Osten seine langjährige Wirkungskraft nach und nach zu verlieren beginnt. Spätestens seit der Regierungsübernahme durch den sogenannten Linksblock im Jahre 1992 und angesichts der von ihm verfolgten Politik des Ausgleichs herrschte bei einem großen Teil der israelischen Bevölkerung das Gefühl vor, daß ein Krieg in absehbarer Zukunft nicht mehr bevorstehe, daß ein (wie auch immer definierter) Frieden mit den Nachbarn zumindest möglich werde und die archaische Bedrohung (samt der Überzeugungskraft ihrer ideologischen Perpetuierung) abgenommen habe. Nicht daß die latente Angst vor blutigen Terroranschlägen nicht vorhanden wäre; nicht daß es keine Versuche von rechter politischer Seite gäbe, die Angst immer wieder propagandistisch zu schüren beziehungsweise sie zu mißbrauchen, sobald sich ein Opfer fordernder Terrorakt ereignet hat. Gleichwohl ist es unverkennbar, daß die Annäherung an die ehemaligen Feinde (einschließlich der ganz und gar perhorreszierten Erzfeinde wie Yassir Arafat) und der Dialog mit ihnen dem traditionell gepflegten Gefühl der Bedrohung zumindest seine mythische Dimension einer von fremder Ferne (oder auch: entfremdeter Nähe) drohenden Gefahr genommen habe. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei angefügt, daß damit noch nichts über den Friedensprozeß selbst ausgesagt ist. Es geht hier zunächst um einen grundlegenden Stimmungswandel und um dessen mögliche Auswirkungen auf überkommene Vorstellungen von der innerhalb der israelischen Gesellschaft – besonders aber unter ihren jüdischen Bürgern – herrschenden Kohäsion.



Vom ›Falken‹ zur ›Tauben‹ gewandelt hatte sich der einstige Held der ›Befreiung Jerusalems‹ Itzhak Rabin, der als israelischer Premierminister einen historischen Tabubruch beging und im September 1993 Yassir Arafat, dem Chef der PLO, in Washington öffentlich die Hand zum Frieden reichte. Der Haß, den dies unter Extremisten in der eigenen Gesellschaft hervorrief, drückte sich in dem – bezeichnenderweise während einer Friedenskundgebung erfolgten – Anschlag des 4. November 1995 aus. Die schlichte Gedenkstätte am Ort der Ermordung Rabins in Tel Aviv wurde seither Ziel vieler nach Frieden und Ausgleich strebender Israelis insbesondere aus der jungen Generation.

So lassen sich denn, wenn der geschilderte äußere Druck vermeintlicher oder realer Bedrohung tatsächlich im Schwinden begriffen ist, vier zentrale Kraftfelder des Ausbruchs potentieller Konflikte innerhalb der israelischen Gesellschaft ausmachen:

- eine ethnische (die jüdisch-arabische Kluft einschließende) Diskrepanz;
- eine Diskrepanz zwischen religiösen und nicht-religiösen Juden;
- eine sozio-ökonomisch begründete Klassendiskrepanz;
- schließlich eine makropolitisch (nicht sozio-ökonomisch!) motivierte Diskrepanz zwischen linken und rechten Vorstellungswelten im Hinblick auf anstehende Territorial- und Siedlungsentscheidungen und die damit zusammenhängenden Fragen einer Friedensregelung sowie der Gestaltung einer israelisch-palästinensischen Koexistenz.

Diese Konfliktachsen, obgleich miteinander aufs engste verknüpft, sind unterschiedlich gewichtig. Langfristig werden wohl wirtschaftliche Klüfte und ethnisch-kulturelle Spannungen eine bedeutende Rolle spielen; akut scheint aber im Moment das Problem der allseits beschworenen ›Versöhnung‹ zwischen der Staatsräson und der religiösen Raison d'être zu sein. Dies bedarf näherer Erörterung.

* * *

Der Sieg im Sechs-Tage-Krieg von 1967 bewirkte eine gravierende (wenn auch als solche damals kaum vorhersehbare) Wende im israelischen Selbstverständnis. Die im Verlaufe dieses Krieges besetzten Gebiete verwandelten sich für Israel nach und nach – endgültig paradoxerweise erst nach dem Abflauen des in der Folge des Sieges von 1967 ausgebrochenen, mit dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 dann zum Stillstand gelangten Triumphalismus – von einer als temporäres Faustpfand begriffenen (Kriegs-)Errungenschaft in ein Objekt ideologisch begründeter Begierde. Von größter Bedeutung war hierbei, daß die ideologische Komponente dieser Verwandlung alsbald in eine religiöse Fundierung der neuen militärisch-politischen Wirklichkeit umschlug, die Folgen des militärischen Gewaltaktes mithin eine theologische Legitimation erfuhren. Die Eroberung der Gebiete (vor allem die des Westjordanlands) wurde jetzt nämlich als Zeichen des Beginns der jahrtausendlang ersehnten messianischen Erlösung des jüdischen Volkes ausgelegt, als endlich erfolgte Rückkehr des Volkes Israel in das gelobte Land, die Heimat seiner Urväter. Die Tatsache, daß dabei handfeste wirtschaftliche Interessen vor allem an der Ausbeutung billiger palästinensischer Arbeitskraft eine höchst gewichtige Rolle spielten, sollte keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß die religiöse Begründung der Eroberung nicht nur (objektiv gesehen) als ideologische Rechtfertigung der Repression fungierte, sondern in der Tat von einem tiefen (subjektiven) Glauben getragen wurde. Dieser freilich sollte schon bald zum Ideologem im Dienste einer von Staats wegen betriebenen Politik ausarten.

Ab Mitte der siebziger Jahre setzte in Israel ein Prozeß allmählich zunehmender Polarisierung hinsichtlich der Einstellung zur Okkupation ein. Gegenüber einem religiösen, in seinen extremen Flügeln von aktionistischem Fanatismus getragenen Fundamentalismus entstand der erste (zunächst freilich winzige) Kern dessen, was sich späterhin zur israelischen Friedensbewegung entwickeln sollte; allerdings handelte es sich hier nicht um ein symmetrisches Kräftefeld. Nicht übersehen werden sollte, daß die jüdische Besiedlung der besetzten Gebiete, welche in den Zeiten der ab 1977 herrschenden Likud-Regierungen ihren Höhepunkt erreichte – unter Einsatz gewaltiger wirtschaftlicher Ressourcen und mit planmäßig durchgeführter Expansion –, ihren Anfang noch unter der zuvor regierenden Arbeitspartei genommen hatte. Die Besatzungspolitik wurde von allen israelischen Regierungen unter ökonomischen Aspekten und sogenannten Sicherheits Gesichtspunkten (wenn auch mit unterschiedlichen ideologischen Vorzeichen) betrieben. Daß dabei zuweilen gerade die re-

ligiösen Siedler – und nicht nur von rechter Seite – als die den gängigen zionistischen Mythen gemäßen ›echten Idealisten‹ und ›eigentlichen Pioniere‹ der israelischen Gesellschaft gepriesen wurden, diente nicht nur der Selbstbestätigung der sich als wahre Zionisten rühmenden Träger der objektiv praktizierten Repression, sondern auch als eine Art Beruhigungs-, wenn nicht gar Betäubungsmittel für jene, die die Okkupation ohne pathosgefüllte ideologische Vision fortführen wollten. Gleichwohl war es vor allem die im rechten politischen Lager vertretene (mithin religiös begründete, aber auch unter nicht-religiösen Aspekten propagierte) Ideologie eines Groß-Israel, die die fortwährende Besetzung über Jahre hinweg politisch am Leben erhielt und die zu ihrer Aufrechterhaltung notwendigen Mittel legitimierte. Lange Zeit gab es denn auch innerhalb des größten Teils der israelischen Gesellschaft keine echte Auseinandersetzung über die Zukunft der besetzten Gebiete und die Rolle der Siedlungsbewegung, welche die Landnahme aktiv betrieb.

Ein gravierender Riß im israelischen Konsens, der über Jahrzehnte von einer Mentalität des ›Alle-Welt-ist-gegen-uns‹ geprägt war, wurde während der äußerst vehement geführten öffentlichen Debatte um den Libanonkrieg von 1982 deutlich. Spätestens seit der legendären ›Demonstration der 400 000‹ nach dem von Libanesen im stillen Einvernehmen mit dem israelischen Militär vollführten Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila wurde klar, daß die israelische Öffentlichkeit nicht mehr gewillt war, alle Beschlüsse und Aktionen der Regierung und des Militärs blindlings abzusegnen, und daß dieser anfangs allgemein befürwortete Krieg eine nicht mehr zu übersehende Polarisierung der politischen Lager bewirkt hatte. Ein erster Kulminationspunkt dieses durch das Hineingeraten in den libanesischen Sumpf beschleunigten Prozesses manifestierte sich dann Ende der achtziger Jahre in der hitzigen innerisraelischen Auseinandersetzung um die Intifada, jene Erhebung der palästinensischen Bevölkerung gegen das israelische Okkupationsregime, die dem David-Goliath-Mythos der israelischen Selbsteinschätzung endgültig den Todesstoß versetzte. Ein weiterer gewichtiger Faktor bei der Aufweichung des traditionell hermetischen Konsensverhaltens ergab sich sodann als Auswirkung des Zweiten Golfkriegs im Jahre 1991. Diente der Feldzug gegen Saddam auch einem objektiven israelischen Interesse – der Zerschlagung der potentiell größten militärischen Bedrohung Israels im gesamten nah- und mittelöstlichen Raum –, so trat doch zutage, daß die Ohnmachtsituation der Bevölkerung angesichts der Raketenangriffe auf israelische Städte keinesfalls einheitliche (›nationale‹) Reaktionen erforderlicher Ausdauer und notwendigen Durchhaltevermögens zeitigte. Obwohl dann eine ernsthafte Debatte über das Geschehene nicht stattfand, die teilweise hysterische (in sich aber wiederum bemerkenswert ›normale‹) psycho-kollektive Reaktion auf die Bedrohung vielmehr sehr bald nach Beendigung des Krieges gründlichst verdrängt wurde, hatten doch diese merkwürdigen Wochen kollektiver ziviler Machtlosigkeit deutlich gemacht, daß der Konsens auch im Hinblick auf diese Art der Erprobung nationaler Standhaftigkeit zumindest angezweifelt werden konnte.

Auf dieser (hier nur lapidar skizzierten) Grundlage gradueller Verschiebung innerhalb der Matrix der ehemals vermeintlich homogenen mentalen Wahrnehmung gesamtnationaler politischer Abläufe lassen sich auch Grundhaltungen bezüglich des seit 1992 forciert betriebenen Friedensprozesses beurteilen. Und auch hierbei können Momente elementaren Widerspruchs – oder zumindest doch uneindeutiger Ausrichtung – ausgemacht werden. Denn obgleich durch die mit den Palästinensern getroffenen Vereinbarungen von Oslo objektiv zweifellos reale Möglichkeiten für eine grundlegende Veränderung der Beziehungen zwischen beiden Nationalkollektiven im Sinne einer friedvollen Koexistenz entstanden sind, ist immer noch nicht ganz klar, inwieweit die konsequente Umsetzung dieser Möglichkeiten in der Praxis nicht bloß Lippenbekenntnis bleibt. Es ist

auch noch nicht ganz klar, inwieweit sich die neuen Realitäten letzten Endes nicht lediglich als eine mit friedlichen Mitteln gehandhabte Perpetuierung der Okkupation erweisen könnten. Darüber hinaus bedeutet gerade der von den Massenmedien plastisch vermittelte Verkehr israelischer Politiker mit ehemals als »Nazis« tabuisierten Gesprächs- und Friedenspartnern wie PLO-Chef Yassir Arafat den Einsturz traditioneller Mythen vom »ewigen Feind« für die einen, den endgültigen Beweis für die Abirrung vom rechten zionistischen Weg – wenn nicht gar für den »Verrat am jüdischen Volk« – für die anderen. Zudem muß festgehalten werden, daß das, was für die Palästinenser insgesamt die Eröffnung einer (wenngleich vorerst undurchsichtigen) neuen Chance bedeutet, für sehr viele Siedler im besetzten Westjordanland den Zusammenbruch einer Welt (und sei es eine lediglich mythisch begründete) darstellt.

So besehen, ist die Friedensbereitschaft des allergrößten Teils der israelischen Bevölkerung bei aller Rhetorik im Tone der Kriegsmüdigkeit und trotz der pathosgefüllten Visionen vom heraufdämmern den »neuen Nahen Osten« im Grunde noch nicht auf die Probe gestellt worden. Denn wenn eine wirkliche, die Interessen der Palästinenser wahrende Friedensregelung die Ausschaltung der Siedlungsbewegung und den Abbau bestehender Siedlungen im Westjordanland zur Voraussetzung hat; wenn darüber hinaus davon ausgegangen werden kann, daß zwar die überwiegende Mehrheit der Siedler – die aus wirtschaftlichen Erwägungen den Siedlungen beigetretenen zumal – sich der Realität eines israelischen Rückzugs aus den besetzten Gebieten nicht allzu standhaft, ein harter Kern ideologisch fanatisierter Hardliner und religiös überspannter Fundamentalisten hingegen mit um so größerer Vehemenz widersetzen wird; wenn also in Betracht gezogen werden muß, daß mit einiger Wahrscheinlichkeit sich der Abbau der Siedlungen weder friedvoll noch gewaltfrei vollziehen lassen wird, dann muß erst abgewartet werden, wie die Reaktionen aller an diesem traumatischen Ereignis auf jüdisch-israelischer Seite Beteiligten sein werden. Werden radikale Siedler zu blutiger Gewalt gegen israelische Soldaten bereit sein, werden Soldaten dem Kommando zur notwendigen Gewaltanwendung, gar einem Schießbefehl auf Räumungsverweigerer, gehorchen, werden die allermeisten Israelis dem Gedanken eines vom Staat unternommenen massiven Gewaltvollzugs von »Juden gegen Juden« überhaupt standhalten können?

In dieser Hinsicht manifestiert sich in den auf Itzhak Rabin am 4. November 1995 (bezeichnenderweise bei einer Friedenskundgebung) abgegebenen Schüssen zweierlei: ein gleichsam schlaglichtartiges Aufscheinen dessen, was an Gewalt möglicherweise noch bevorsteht, und der Ausdruck einer bereits latent vorwaltenden Entzweiung, einer nur sehr schwer, wenn denn überhaupt noch zu überbrückenden Kluft innerhalb der jüdischen Bevölkerung Israels. Daß dabei eine Symbolgestalt – die Verkörperung des mythischen »Saber« (des vom Zionismus geschaffenen »neuen Juden«), der auf Sicherheit pochende Soldat, aber auch der zum Frieden bekehrte politische Falke, der zum Symbol und Paradigma einer zwar Gefahren bergenden, aber auch Hoffnung verheißenden »Wende« verklärte Held der »Befreiung Jerusalems« – zu Tode kam, verweist wiederum auf zwei Grundtatsachen. Nämlich sowohl auf die (bis vor einiger Zeit nahezu undenkbare) Erschütterung des zionistischen Mythos und damit den Riß in der (freilich längst zum Fetisch degenerierten) jüdischen Einheit und Solidarität – auf das nun endgültig zum Vorschein gekommene, über Jahre latent gebliebene Konfliktpotential der israelischen Gesellschaft also –, als auch auf das ungeheure Gewaltpotential, das bei der Austragung dieser Konflikte künftig zum Ausbruch kommen könnte. Es verwundert nicht, daß unmittelbar nach dem mörderischen Attentat – neben Bekundungen großer Trauer und tiefsten Schmerzes und trotz einer zeitweiligen pauschalen Anschwärzung des gesamten rechten politischen Lagers – das religiöse Establishment ein kollektives In-sich-gehen proklamierte, der

öffentliche Diskurs sich indes rasch verschob, und zwar zu der gegen die Linke gerichteten Beschuldigung, sie instrumentalisiere den Mord für eigene Zwecke. Vor allem aber wurde alsbald die bei allen Konflikten zu wahrende »nationale Einheit« beschworen, der mystifizierte Zusammenhalt der Juden untereinander. Das war ja das sozusagen Unbegreifliche – daß ein Jude die Mordhand gegen einen anderen Juden erheben konnte.

* * *

Kaum jemand wollte sich freilich damit auseinandersetzen, daß gerade der den Friedensweg einschlagende Rabin von vielen Juden in Israel als »Verräter am Zionismus« gesehen worden war. Fungierte demnach die – durch Fetischisierung der Sicherheitsfrage potentielle innere Konflikte gleichsam unter den tagespolitischen Teppich kehrende – Ideologie des Zionismus als unentbehrliche Matrix eines vermeintlichen gesellschaftlichen und politischen Konsenses, der zum Tabu geronnen war, so mußte ja gerade derjenige, der diese Gemeinschaftsideologie (und sei sie noch so heuchlerisch) durch den Friedensprozeß unterwanderte, vielen im Land als Urheber des Zwiespalts erscheinen. Daraus erklärt sich nicht nur die seit dem Attentat immer öfter gehörte Behauptung, Rabin sei in seinen Friedensbestrebungen »zu hastig« vorgegangen, sondern auch das (wenn auch nur zaghaft vorgetragene) Verständnis für dessen Ermordung, das nicht nur rechtsradikalen Fanatikern zu eigen ist. Mußte nicht der »Mörder des Zionismus« ermordet werden, um die zionistische Idee zu retten, indem dem diese Idee vermeintlich bedrohenden Friedensprozeß Einhalt geboten wurde? Nicht zuletzt aus solchen Vorstellungen erklärt sich auch, daß die politische Mordtat schon kurz nach dem Ereignis aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt wurde; daß die Arbeitspartei sich hütete, sie im wenige Monate darauf folgenden Wahlkampf zu thematisieren; und daß die Wahl selbst nicht von Rabins Nachfolger Shimon Peres, sondern von dessen Gegner Benjamin Netanjahu gewonnen wurde.

Kennzeichen von Netanjahus Regime, das seinen Weg mit dem Slogan des »sicheren Friedens« angetreten hatte, ist mittlerweile vor allem die Sackgasse, in die es den Friedensprozeß geraten ließ. Frappierend ist dabei nicht so sehr der Tatbestand als solcher – eine Drosselung dieses Prozesses war vom rechten politischen Block, der die jetzige Regierungskoalition dominiert, zu erwarten –, sondern die ungeheure Geschwindigkeit, in der man es schaffte, die allmählich erreichte Annäherung, das lange und mühsam Aufgebaute wenn nicht völlig zusammenbrechen zu lassen, so doch der Paralyse nahezuzubringen. Auch wenn die Vereinbarungen von Oslo schon sehr früh eine durchaus berechtigte Kritik erfahren hatten, weil sie als Ergebnis eines Kapitulationsfriedens seitens der PLO beziehungsweise als eine von den Israelis mit Bedacht lancierte Möglichkeit, die Okkupation mit friedlichen Mitteln zu verewigen, erscheinen mochten, so konnte zunächst kein Zweifel daran bestehen, daß sie objektiv auch das Potential für eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse in sich bargen. Von allergrößter Wichtigkeit waren die hierbei entstandenen Ansätze eines – und sei es noch so zaghaften – ersten Vertrauens zwischen den Verhandlungspartnern, der mit dem symbolischen Handschlag von Rabin und Arafat in Washington, einem klassischen Tabubruch, einsetzte, sich jedoch, über diese zunächst noch schüchterne Geste hinausgehend, in der Zwischenzeit merklich erweitert und vertieft hatte. Es ist nun genau dieses Vertrauen, das zum gegenwärtigen Zeitpunkt fast völlig zerstört zu sein scheint.

Welche Partikularinteressen Arafat beim Friedensprozeß verfolgt; welche repressiven Maßnahmen und Unterdrückungsmechanismen er sich in den ihm von Israel übergebenen Gebieten zu unternehmen und zu betreiben genötigt sieht; welches das Ausmaß der Korruption in der von ihm geführten Verwaltung ist und welche Oppositionsimpulse unterschiedlicher Provenienz, die diese Faktoren allesamt im palästinensischen Lager zwangsläufig hervorrufen, ihren Ausdruck

finden – all dies mag hier unberücksichtigt bleiben. Denn die Palästinenser standen von Anbeginn in keinem symmetrischen Verhältnis zu Israel, so daß die Auswirkungen des Friedensprozesses (wie auch die Aussichten am Horizont eines künftigen Friedens) für sie in politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher wie kultureller Hinsicht eine ganz andere Signifikanz haben als für Israel. Die erwähnte Sackgasse, in der sich dieser Prozeß offenbar befindet, ist in erster Linie Israel beziehungsweise der Politik Netanjahus in seinem ersten Regierungsjahr zuzuschreiben. Daß dabei persönliche Unerfahrenheit gekoppelt mit arroganter Selbstzufriedenheit, die divergierenden Partikularinteressen im eigenen Lager (die sich in teils absurd wirkenden lokalen Machtkämpfen manifestieren) wie auch bewußte Versuche, traditionelle Eliten der israelischen Gesellschaft aus den Angeln zu heben, mit im Spiel sind, sollte keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß sich in diesem zuweilen nahezu surrealistisch anmutenden politischen Chaos in der Tat die Auswirkungen der oben skizzierten Konfliktherde und strukturellen Widersprüche der israelischen Gesellschaft widerspiegeln. Wie immer es dabei um Netanjahus eigene Gedankenwelt bestellt sein mag, so sieht er sich doch unentwegt genötigt, zwischen Gegensätzen und Ungereimtheiten, zwischen Widersprüchen teils unversöhnlicher Art im eigenen Lager zu lavieren und zu manövrieren. Von seinem subjektiven politischen Überlebensinteresse aus betrachtet, mag es da tatsächlich angebracht sein, nichts zu tun beziehungsweise vom objektiv Notwendigen abzulenken.

Während also Netanjahu erklärt, daß er an dem durch die Vereinbarungen von Oslo geschaffenen Verhandlungsrahmen festhalte, sieht er sich dem Druck von rechten Nationalreligiösen, Siedlerdelegationen und anderen Groß-Israel-Anhängern in seiner eigenen Partei, die diese Abkommen für ein »nationales Unglück« halten, ausgesetzt. Während er sich in seiner Politik auf institutionelle Vertreter der sozial schwachen (dabei aber politisch rechts orientierten) Schichten der israelischen Gesellschaft stützen muß, verfolgt er – eigenen Anschauungen folgend, dabei aber auch klare Interessen des Kapitals bedienend – eine Politik zunehmender Privatisierung, die die Reste des israelischen Wohlfahrtsstaates untergräbt. Daß er dabei das ethnische Ressentiment orientalischer Juden, die einen Großteil der Stammwählerschaft seiner Partei und seiner Koalitionspartner abgeben, gegenüber den mit »der Linken« pauschal identifizierten aschenasischen Juden instrumentalisiert, kann ihm nicht direkt nachgewiesen werden, wird aber von vielen Beobachtern des politischen Gerangels angenommen. Keine Gefahr droht dabei Netanjahu von links, denn seit die israelische außerparlamentarische Friedensbewegung mit Rabins Amtsübernahme befunden hatte, ihre Ziele würden nunmehr von der Regierung selbst verfolgt, hat sie sich in einen Dämmerzustand der Lethargie versetzt, aus dem sie bis heute noch nicht erwacht zu sein scheint. Auch Amerikas politischer Druck auf Israel, auf den israelische Linke ironischerweise immer wieder hoffen, bleibt aus – sei es aus innenpolitischen Erwägungen des amerikanischen Präsidenten, sei es deshalb, weil die USA zur Zeit ihre geopolitischen Interessen im Nahen Osten nicht unmittelbar bedroht sehen. So weiß sich denn, objektiv betrachtet, die Politik des gegenwärtigen Premierministers letztlich der Bestrebung eines merkwürdigen Interessenpartners verschwistert: Netanjahu kann in der Tat darauf hinweisen, daß der Terror palästinensischer Fundamentalisten in israelischen Städten seit seinem Regierungsantritt merklich zurückgegangen ist. Es sollte freilich nicht vergessen werden, daß dies nicht von ungefähr kommt, sondern eben damit zusammenhängt, daß Netanjahus Politik genau das zeitigt, worauf die Fundamentalisten zielen – den Zusammenbruch des mit den Vereinbarungen von Oslo begonnenen Friedensprozesses nämlich.

Bleibt noch zu klären, welche Haltung die israelische Bevölkerung insgesamt einnimmt. Zeichnet auch sie sich durch jene Friedensunwilligkeit aus, die das Markenziel ihrer zur Zeit regierenden po-



Das 1967 im Sechs-Tage-Krieg von Israel eroberte Ost-Jerusalem verändert zunehmend sein Gesicht. Mittel nicht zuletzt aus der amerikanischen jüdischen Diaspora werden gezielt eingesetzt – nicht nur, um im arabischen Viertel der Altstadt früher jüdischen Besitz zurückzuerlangen, sondern auch, um neue Präsenz zu etablieren.

litischen Vertreter ist? Wenn man denn – ungeachtet der Tatsache, daß die israelische Bevölkerung, wie bereits dargelegt, recht heterogen und zersplittert ist – unbedingt in Begriffen eines Kollektivsubjekts sprechen möchte, so kann man als Antwort die weiter oben schon getroffene Feststellung nur wiederholen, daß die über Jahrzehnte beschworene und oft gepriesene Friedenssehnsucht der Israelis nie wirklich auf die Probe gestellt worden ist. Noch ist nicht ausgemacht, ob sie tatsächlich bereit sind, den erforderlichen Preis für den Frieden zu zahlen; geklärt ist also auch noch nicht, ob die reale Aussicht auf eine praktische Umsetzung der Friedensrhetorik diese womöglich als ein im Grunde nur scheinheiliges Lippenbekenntnis entthüllen würde.

Daß es dabei weniger um Lust auf Unterdrückung und Gewalt, als vielmehr um Furcht vor dem Ungewissen geht, hängt eng mit den hier dargestellten Widersprüchen und Aporien der israelischen Gesellschaft zusammen. Denn ein wirklicher Frieden mit den Palästinensern und anderen arabischen Staaten, die als »Sicherheitsproblem« seit jeher die innere Kohäsion ideologisch speisten, würde nicht nur die inneren Gegensätze und Konflikte zutage fördern, sondern auch die Israelis vor die entscheidende Frage stellen, in was für einer Gesellschaft sie im Zeitalter des dann angebrochenen Friedens (mit dem bisherigen äußeren Feind) leben wollen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob die Vorstellung, die sie sich von dieser Gesellschaft machen, ganz losgelöst davon sein kann, wie man den Modus der Koexistenz mit den Palästinensern regelt.

Ein in der Tat bedrohlicher Frieden steht da an: ein Frieden, dessen ehrliche Entfaltung eine die unmittelbaren Realitäten transzendierende Vision, zunächst aber einigen Mut zu konsequenter Selbstbetrachtung und wirklicher Auseinandersetzung mit den eigenen Polaritäten und Widersprüchen erfordert.